



Was Helfern in Österreich fehlt Seite 10

Glücksspiel vor den Augen des Gesetzes Seite 10

derStandard.at/Panorama

## Missbrauch in Heimen: 310 Fälle in Wien

Die Stadt Wien hat zwei Millionen Euro an Entschädigungszahlungen für ehemalige Heimkinder bereitgestellt. 1,6 Millionen wurden bereits ausbezahlt.

Auch nach Ende der Frist melden sich weiterhin Betroffene.

Martina Stemmer

Wien – Über ein Jahr lang konnten sich ehemalige Schützlinge der Wiener Jugendwohlfahrt an den Operschutzverband Weißer Ring wenden. Für manche Missbrauchsoffer war das zu wenig Zeit. „Ich habe sehr lange gebraucht, bis ich es endlich gewagt habe“, sagt ein Betroffener zum STANDARD, „und als ich mich dann aufraffen konnte, hieß es, die Frist sei schon abgelaufen.“ Anspruch auf eine finanzielle Entschädigung hat er möglicherweise trotzdem.

Denn laut Kinder- und Jugendstadtrat Christian Oxonitsch (SP) will die Stadt Wien auch jene Fälle prüfen, die nach dem 30. Juni einlangen. 310 Menschen, die in städtischen Kinderheimen physischer, psychischer oder sexueller Gewalt ausgesetzt waren, haben sich bisher gemeldet. Der älteste Fall stammt aus dem Jahr 1944. „Einige wollten zuerst anonym bleiben“, sagt Marianne Gammer, Geschäftsführerin beim Weißen Ring, „und brauchten mehrere Anläufe, bis sie ihre Identität preisgaben.“

Wie viele Menschen betroffen sein könnten, ist laut Jugendamt schwer zu beziffern – zumal man nicht einmal weiß, wie viele Kinder in den letzten 60 Jahren in den städtischen Obhut waren. Genaue Zahlen gibt es erst ab den Siebziger-



Viele ehemalige Schützlinge der Wiener Jugendwohlfahrt leiden bis heute an den Folgen von Missbrauch. Bereit, darüber zu reden, sind derzeit wesentlich mehr Männer als Frauen. Foto: Heribert Corn

gern: 1970 waren es 1881, zehn Jahre später 2235. Dabei waren Buben meist in der Überzahl. Laut Gammer melden sich aber auch vor diesem Hintergrund überproportional viele Männer. „Es gibt einen deutlichen Überhang.“

### Systematische Aufarbeitung

Missbrauchsoffer, die in öffentlichen Heimen untergebracht waren, berichten laut Gammer meist von körperlicher und psychischer Gewalt. „Bei kirchlichen Einrichtungen geht es viel öfter um sexuellen Missbrauch.“ Allerdings habe auch in städtischen Einrichtungen sexualisierte Gewalt stattgefunden. Ein Großteil der Wiener Waisenhäuser, in denen es zu den Übergriffen kam, existiert nicht

mehr. Statt wenigen großen gibt es heute viele kleine Betreuungseinrichtungen. Kleinkinder versucht man von Anfang an in Pflegefamilien unterzubringen. Eine Historikerkommission beschäftigt sich gerade im Auftrag der Stadt mit der Geschichte der Wiener Jugendwohlfahrt.

Bürgermeister Michael Häupl (SP) hat sich bereits öffentlich bei den Missbrauchsoffern entschuldigt. Nach einem Gemeinderatsbeschluss stellte die Stadt zwei Millionen Euro für Entschädigungszahlungen und Psychotherapien bereit, 1,6 Millionen wurden bereits ausgegeben.

Wer wie viel Geld bekommt, entscheidet ein achtköpfiges Gremium aus Psychologen und Juris-

ten nach Rücksprache mit der Stadt. Die Zahlungen bewegen sich zwischen 5000 und 20.000 Euro. „Mir geht es nicht ums Geld“, sagt ein Betroffener, „sondern darum, dass die Geschichte der Heimkinder endlich aufgearbeitet wird – denn es laufen in Wien noch sehr viele Leute herum, die erlebt haben, was ich erlebt habe.“

Bisher bewege sich die Aufarbeitung auf bürokratischer Ebene. „Es wird einem gesagt, wir beraten darüber, was dir zusteht, und geben dir dann Bescheid. Das ist genau das, was ich mein halbes Leben lang gehört habe.“

„Vollwaise“ Molnar will mehr als nur eine „finanzielle Geste“

Linz/Trier – Es war eine „finanzielle Geste“, wie Landeshauptmann Josef Pühringer sagt, die Jenö Molnar vom Land Oberösterreich erhalten hat. 20.000 Euro für eine zerstörte Kindheit, das war dem heute 64-Jährigen zu wenig. Deshalb will er am 16. August beim Landesgericht Linz eine Klage gegen das Land einbringen. Molnar ist eines jener Opfer, die als Kinder in einem Heim des Landes zwischen 1948 und 1993 misshandelt worden waren. Die Kommission für Missbrauchsoffer von Heimzöglingen des Landes hat inzwischen in 51 Fällen Wiedergutmachung zuerkannt. 622.500 Euro hat das Land ausgezahlt.

Molnar, Sohn eines amerikanischen Besatzungssoldaten und einer aus Ungarn ins oberösterreichische Lambach geflüchteten Ungarin, wurde mit zehn Monaten seinen Eltern weggenommen, zum Vollwaisen erklärt und ins Heim gesteckt. Dort wurde er schikaniert, geprügelt und misshandelt. Die Jugendwohlfahrt setzte ihn dann als ausgelerten Bäckerlehrling ohne Papiere auf die Straße.

Seine Jahre im Landes-Kinderheim Schloss Leonstein hat Molnar in dem Buch *Wir waren doch nur Kinder* niedergeschrieben. Längst hat er seine Eltern gefunden und lebt im deutschen Trier, wo er ein Kopiergeschäft besitzt. Als Wiedergutmachung seines Verdienstentgangs als jahrzehntlanges U-Boot und wegen der fehlenden Altersvorsorge will er vom Land Oberösterreich mehr als nur besagte „finanzielle Geste“. Konkret will er vom Land 1,6 Millionen Euro einklagen. Pühringer hat angekündigt, dass der Fall Molnar nochmals von der Kommission geprüft werde. (ker)

SCHWERPUNKT:  
Hilfe für  
Heimkinder

### Nach Ehe Streit: Frau verletzt, Mann tot

Wels – Ein Ehe Streit im oberösterreichischen Wels endete Diensnachts mit einem Toten und einer Schwerverletzten. Der Sohn des Paares hatte seine 38-jährige Mutter gegen 2.30 Uhr mit schweren Kopfverletzungen in der Wohnung gefunden. Der 47-jährige Vater, der die Frau attackiert haben soll, dürfte zu diesem Zeitpunkt schon aus dem Fenster im zehnten Stock des Hochhauses gesprungen sein. Die Verletzungen der Frau seien erheblich, aber es bestehe keine Lebensgefahr.

Als der Sohn gegen 1 Uhr nach Hause kam, war der Disput der Eltern schon im Gange. Der Bursch legte sich nieder, stand aber eineinhalb Stunden später noch einmal auf. Da entdeckte er seine verletzte Mutter, rief Polizei und Rettung. Der Vater war nicht zu sehen. Der Mann sei ohne Fremdvorschußen aus dem Fenster gestürzt und gestorben, so ein Polizei-Sprecher. Es habe sich um eine „intakte Familie“ gehandelt. Ein weiterer, älterer Sohn sei während des Zwischenfalls nicht zu Hause gewesen.

Der Grund des Streits war vorerst noch unklar. Der Sohn, der seine Mutter fand, hatte nichts mitbekommen. (APA)

## Ein reales Image- und ein drohendes Verkehrsproblem

Mit dem Vollausbau der Westbahn rückt St. Pölten näher an Wien, Pendler sollen auf Öffis umsteigen

Andrea Heigl

St. Pölten – Es gab Zeiten, da hätten die St. Pöltner ob der Fadesse in ihrer Heimatstadt schon den Kopf hängengelassen, sagt Matthias Adl. Auch wenn dieses Imageproblem noch nachwirke, sei in den letzten Jahren „einiges passiert“, was man auch am gesteigerten Selbstbewusstsein der Bewohner von Österreichs jüngster Landeshauptstadt ablesen könne. Adl ist neuer schwarzer Vizebürgermeister der seit eh und je roten Stadt, und als solcher verweist er natürlich darauf, dass „die Stadt das alleine

nicht geschafft hätte“; die Landeshauptstadtwerdung hätte dazu schon einiges beigetragen.

Dass gerade die Verbindung zum satellitenstadtartigen Landhausviertel verbesserungswürdig ist, ist Adl freilich nicht entgangen: „Das hat man an die Traisen gestellt, ohne die Anbindung an die Stadt mitzudenken.“ Derzeit muss man als Fußgänger zwei Durchzugsstraßen überqueren, um von der Innenstadt aus hinzukommen; sobald die Beamten ausgeflogen sind, ist der Stadtteil verwaist. Der Vizebürgermeister hofft auf ein Verkehrsprojekt, das die Anbindung

verbessern soll – und auf Beamte, die nicht mehr zu jener Generation gehören, die aus den Büros in der besten Wiener Innenstadtlage an die Traisen übersiedeln mussten.

Mit einem „Masterplan“ für die Innenstadt soll dieses Problem gelöst werden, sagt Bürgermeister Matthias Stadler (SP), der ansonsten vom einem schlechten Image St. Pöltens nichts wissen will. Für eine 50.000-Einwohner-Stadt sei das kulturelle Angebot enorm, mit Festivals wie Nuke, Lovely Days oder Frequency habe man sich in den letzten Jahren bemüht, vor allem junge Leute anzuziehen – „das bringt auch Studenten nach St. Pölten“.

### Ungenützte Flächen

Nach Zahlen hat St. Pölten jede Menge Entwicklungspotenzial, kaum eine Stadt hat so viele bebaubare Flächen zur Verfügung. So wohnen etwa in Salzburg mit seinen 64 Quadratkilometern drei Mal so viele Menschen wie in der niederösterreich-

chischen Landeshauptstadt, die 109 Quadratkilometer misst. Von der Forderung der VP, das Militärkommando aus der Hesser Kaserne abzusiedeln und dort eine Art Museumsquartier zu schaffen, hält Stadler daher wenig. St. Pölten liege außerdem bei Mieten, Wohnungs- und Grundstückspreisen im Städ-

tevergleich im unteren Segment. Als Pendlerstadt wird St. Pölten in nächster Zeit jedenfalls an Attraktivität gewinnen: Nach der Fertigstellung der Westbahntrasse wird sich die Zug-Fahrtzeit nach Wien auf 23 Minuten fast halbieren, die ÖBB und die private Westbahn werden voraussichtlich ab Ende 2012 im Viertelstundentakt zwischen den beiden Städten verkehren. Um einen Verkehrsinfarkt abzuwenden, will Stadler ein dichteres Öffi-Netz, S-Bahnen und Busse sollen verstärkt nach Krems, Tulln oder ins Traisental fahren.

Ende der Serie

Reformagenda  
St. Pölten



Von hier aus geht's in etwa 23 Minuten nach Wien: Nach jahrelanger Renovierung wirkt der St. Pöltner Bahnhof deutlich freundlicher als früher. Foto: Newald

Alle Teile zur Nachlese auf  
derStandard.at/Reformagenda